

2. Sicherheit durch Demokratisierung: Die frühen Direktiven für die französische Besatzungspolitik

Die Deutschlandpolitik Frankreichs hatte nach dem Ende des 2. Weltkrieges vor allem ein Ziel: Sicherheit vor einer erneuten deutschen Aggression. Der Entnazifizierung als Bestandteil der Besatzungspolitik wurde dabei eine wichtige Funktion zugemessen. Zusammen mit der Dezentralisierung und Demokratisierung sollte sie die Voraussetzungen für ein neues, friedliebendes Deutschland schaffen.

Überlegungen zur Behandlung Deutschlands nach dem Kriege gab es schon während der Zeit der deutschen Besatzung in Frankreich. Gegen Kriegsende gingen sie teilweise direkt in staatliche Planungen der Provisorischen Regierung über. Im Außen-, Kriegs- und anderen Pariser Ministerien kursierte seit 1944 eine Vielzahl von Plänen zur Behandlung Nachkriegsdeutschlands; auch die Äußerungen General de Gaulles wiesen verschiedene Wege auf.

Das zur Koordinierung der deutschlandpolitischen Maßnahmen der einzelnen Pariser Ministerien eingesetzte Comité Interministériel erließ im Sommer 1945 erste Direktiven zur Besatzungspolitik in Deutschland, die den Orientierungsrahmen für die folgenden zwei Besatzungsjahre gaben². Am 19. Juli 1945 wurde das Dokument Nr. 1, die *Directives pour notre action en Allemagne*, verabschiedet³. Wenige Tage nach der Übernahme des gesamten Besatzungsgebietes zum 10. Juli unternahm Paris damit den Versuch, einen ersten Handlungsrahmen für die Militärregierung in Baden-Baden abzustecken. Einen Monat später gab Generalverwalter Laffon die Anweisung an seine Generaldirektoren und die Leiter der Militärregierungen in den Ländern weiter. Die Politik der Militärregierung müsse jetzt vereinheitlicht und den Pariser Direktiven angeglichen werden (*soit unifiée et réponde partout aux intentions proches du Gouvernement de la République*)⁴. Weitere zwei Monate später, am 25. Oktober 1945, nahm Laffon die soeben beendete Deutschlandreise General de

¹ Kessel, Martina: Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947. München 1989, S. 15ff. Gegen die weit verbreitete Ansicht, die Deutschlandpolitik de Gaulles habe sich 1945/46 ausschließlich in den traditionellen Bahnen französischer Machtpolitik bewegt (so auch Wolfrum, Französische Besatzungspolitik, S. 25f.), wendet sich R. Hudemann mit dem Hinweis auf zahlreiche Äußerungen de Gaulles insbesondere auf seiner Reise durch die Besatzungszone Ende 1945. Laffon konnte sich deshalb bei seiner Demokratisierungspolitik auf de Gaulle berufen: Hudemann, Rainer: De Gaulle und der Wiederaufbau in der französischen Besatzungszone nach 1945, in: De Gaulle, Deutschland und Europa/hrsg. von Wilfried Loth und Robert Picht. Opladen 1991, S. 153–167.

² Hierzu: Hudemann, De Gaulle, S. 154ff.; Ders.: Kulturpolitik und Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland, in: Frankreichs Kulturpolitik, S. 15–31; Hüser, S. 66ff. u. 83ff.; Lattard, Gewerkschaften, S. 5ff.

³ GPRF/Présidence du Gouvernement/SG du CIAAA: Dokument Nr. 1: "Directives pour notre action en Allemagne", 19.7.1945; MAE Y 1944–49 d.679/95–102 u. AOFAA CC POL I B 2 p.11. Das Dokument ist abgedruckt in: Ménudier, S. 169–182; Lattard, Gewerkschaften, S. 314–323.

⁴ CCFA/CAB 9 I A 1 a: Laffon an die Direktoren u. die "Administrateurs de Pays", 20.8.1945; AOFAA CC POL I B 2 p.11.